

Postbank-Tarifstreit: Keine Einigung mit Deutscher Bank, DBV ruft zur Urabstimmung auf

Zwar sei die Arbeitgeberseite in der vierten Verhandlungsrunde den Forderungen der Gewerkschaft etwas entgegengekommen, heißt es vom DBV. Finanziell sei das Angebot allerdings nicht ausreichend.



"Mutter" und "Tochter" | Foto: picture alliance / Snowfield Photography | D. Kerlekin/Snowfield Photography

Die vierte Verhandlungsrunde über einen neuen Tarifvertrag für die Postbank hat keine Einigung gebracht. Der Deutsche Bankangestellten Verband (DBV) erklärte, dass die Deutsche Bank das Angebot zwar erhöht habe. Es genüge aber nicht.

So sei konkret angeboten worden:

- Gehaltserhöhung weiterhin von 6,4 Prozent zum 1. Juni 2024, mindestens 250 Euro
- leicht erhöhte zweite Gehaltserhöhung von 3,6 Prozent (bisher 2,0 Prozent) zum 1. Juli 2025
- Laufzeit bis 30. April 2026

Zudem sei der Arbeitgeber bereit gewesen, den Kündigungsschutz bis 30. Juni 2027 zu verlängern. Ebenso zählt zum Angebot eine "einfache, verständliche und faire Möglichkeit zum Tausch von Teilen der Gehaltserhöhung gegen zusätzliche Urlaubstage" sowie eine betriebliche Altersversorgung, hieß es von Seiten der Gewerkschaft DBV.

Wie es in Kreisen der Deutschen Bank hieß, entspräche dies - in einer der Tarifgruppen mit den meisten Mitarbeitern - einer Erhöhung von durchschnittlich 13 Prozent. Auf Basis dieser Annäherung, auch bei Kündigungsschutz und betrieblicher Altersvorsorge, sei eine Einigung in der nächsten Verhandlungsrunde am 30. April möglich.

Urabstimmung bis 3. Mai

"Unbestritten hat sich der Arbeitgeber bewegt – aber gerade beim Kern, der Gehaltsanpassung, bleibt das neue Angebot erneut deutlich unter den Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen", teilte der DBV hingegen mit. Dreh- und Angelpunkt blieben die Gehaltserhöhungen. "Nicht einmal acht Prozent beträgt das aktuelle Angebot des Arbeitgebers für den ersten Erhöhungsschritt, nicht einmal 350 Euro die vorgeschlagene Mindesthöhung."

Vor diesem Hintergrund habe der DBV die Verhandlungen für gescheitert erklärt. "Wir werden die DBV-Mitglieder in den nächsten Tagen zur Urabstimmung über unbefristete Erzwingungsstreiks aufrufen." Diese werde bis zum 3. Mai andauern.

"Die Prozente sind zu niedrig"

Auch Verdi wies das verbesserte Angebot zurück. Am 30. April soll nun eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden. Vor allem beim Thema Gehalt lägen die Positionen noch weit auseinander, erklärte Verdi-Verhandlungsführer Jan Duscheck. "Die Prozente sind zu niedrig und die Laufzeit zu lang - das jetzige Gehaltsangebot bleibt deutlich unter der Inflation der letzten Jahre," kritisierte er. Auch laut Verdi soll jetzt bis zum 3. Mai 2024 über unbefristete Erzwingungsstreiks abgestimmt werden. Während der Urabstimmung soll es keine weiteren Warnstreiks geben. Die Gewerkschaft fordert Gehaltserhöhungen um 15,5 Prozent, mindestens aber 600 Euro. Der Kündigungsschutz soll bis Ende 2028 verlängert werden.